

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Fortschrittliche  
Bürgerpartei:

## Landesausschuss am 21. März

Festlegung des Termins  
an der Obmänner-  
konferenz vom Montag

Die nächste Sitzung des Landesausschusses der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) wird am Montag, den 21. März voraussichtlich in Vaduz stattfinden. Die Einladungen mit den genauen Angaben werden in den nächsten Tagen an die Mitglieder des Landesausschusses ergehen. Der Termin selbst wurde in einer Obmännerkonferenz festgelegt, die am Montagabend im Hotel-Restaurant Linde in Schaan stattfand.

Die FBP-Obmänner erörtern zusammen mit Parteipräsident Dr. Herbert Batliner eine Reihe aktueller Fragen. Dabei ging es u. a. auch um konkrete Schritte zum vermehrten Einbezug der Frauen in die Entscheidungsprozesse der FBP. Der Parteipräsident konnte den Obmännern Vorschläge unterbreiten, die von der parteiinternen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Vorstandsmitgliedes Rösle Eberle vorgeschlagen worden waren. Weitere Themen der Obmännerkonferenz galten der Jugendarbeit der Partei und der Zusammenarbeit zwischen den Ortsgruppenausschüssen und den FBP-Mandatsträgern in den Gemeindevertretungen.

## «Ich habe mich in Liechtenstein sehr wohl gefühlt»

Die Aussenministerin von Luxemburg, Frau Colette Flesch, im Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC)

Zum Abschluss ihres zweitägigen Besuchs in unserem Lande stellte sich die luxemburgische Aussen- und Wirtschaftsministerin, Frau Colette Flesch, am Montag im Hotel Schlössle, Vaduz, an einer Pressekonferenz den Fragen in- und ausländischer Journalisten. Die Ministerin, die bei ihrem Aufenthalt – neben einem Besuchsprogramm – auch mit Vertretern der Regierung zu Gesprächen zusammengetroffen war, äusserte sich mit herzlichen Worten über den freundschaftlichen Empfang. Sie habe sich in Liechtenstein, so sagte die Ministerin, sehr wohl gefühlt.

An der Pressekonferenz, die vom Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) organisiert und von Alfons Matt vom Schweizer Fernsehen geleitet wurde, lagen die Schwerpunkte auf der Welt- und Wirtschaftspolitik, doch immer wieder kehrten die Fragen auf die Beziehungen zwischen Luxemburg und Liechtenstein zurück. Frau Flesch wies einleitend darauf hin, dass zwischen den beiden Ländern eine Zusammenarbeit im Europarat und bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bestehe. Beim Europarat und auch bei anderen internationalen Konferenzen seien die beiden Staaten durch die alphabetische Anordnung der Delegationen zu Nachbarn geworden. Die Hochzeit zwischen Prinz Nikolaus und Prinzessin Margarethe habe nicht nur die Häuser Liechtenstein und Luxemburg einander näher gebracht, sondern auch die beiden Länder. Beide Staaten verbinde überdies das geschichtliche Faktum, dass sie sich trotz ihrer Kleinheit ihre Unabhängigkeit und ihre Identität bewahren konnten.

Europarat, KSZE und EG

In den Gesprächen mit Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt ist nach den Worten Frau Fleschs über eine weitere Zusammenarbeit im Europarat, an der Madrider KSZE-Konferenz sowie über Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Gremien der EG gesprochen worden. In Erwägung gezogen wurde auch der Abschluss eines Sozialabkommens, wie das bereits zwischen der Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein besteht. Regierungschef Hans Brunhart ergänzte zu diesen Ausführungen, dass unser Land zwar keine direkte Grenze, aber dennoch vertiefte Beziehungen zu Luxemburg habe. Überdies habe man festgestellt, dass Staaten in ähnlicher Grösse – Luxemburg und Liechtenstein würden trotz unterschiedlicher Fläche im internationalen Verkehr als Kleinstaaten betrachtet – auch ähnliche Probleme zu bewältigen hätten.

Über die Chancen der Kleinstaaten in der Zukunft äusserte sich Aussenministerin Flesch sehr zuversichtlich. Natürlich hätten es kleine Staaten in der internationalen Politik immer schwer, sich Gehör zu verschaffen – und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei dies noch schwerer, weil jeder für sich kämpfe. In der internationalen Realität komme den Kleinstaaten jedoch eine wichtige Rolle zu, da ihr Auftreten oftmals einfacher als dasjenige grösserer Staaten sei, weil sie keine Interessen zu vertreten hätten. Diese Haltung werde auch von grossen Staaten entsprechend honoriert.



Frau Colette Flesch im Gespräch mit Medienvertretern im Rahmen der Pressekonferenz des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) am Montag nachmittag im Hotel Schlössle, Vaduz. (Bild: Eddy Risch)

Frauenstimmrecht

Wenn eine Frau in der Funktion als Aussenministerin in unser Land kommt, so liegt die Frage nach dem Frauenstimmrecht nicht fern. Frau Flesch äusserte sich zu diesen Fragen sehr zurückhaltend, da sie sich nicht in die liechtensteinische Innenpolitik einmischen wolle, erklärte sich aber damit einverstanden, dass dieses Problem mit den in Liechtenstein zur Verfügung stehenden Mittel gelöst werden müsse.

Wahlen in Deutschland

Über den Ausgang der deutschen Bundestagswahlen äusserte sich Frau Flesch sehr befriedigt, vor allem über das Abschneiden der Liberalen. Den Wahlausgang mit einem klaren Wählerauftrag an die bisherige Koalitionsregierung bezeichnete sie als wichtig für die Atlantische Allianz. Eine rot-grüne Mehrheit, so Frau Flesch, hätte vielleicht zu Problemen in der NATO geführt.

Wirtschafts- und Finanzplatz Luxemburg

Zur Wirtschaftslage in Luxemburg sagte die Wirtschaftsministerin, die Talsohle sei wahrscheinlich erreicht, doch müsse man voraussichtlich noch einige Zeit darin verharren. Die grössten Probleme würden sich durch die fast vollständige auf den Export angewiesenen Stahlunternehmen ergeben. Die Arbeitslosenrate konnte freilich durch eine gute Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern und durch die Schaffung anderer Arbeitsplätze relativ gering gehalten werden.

Der Finanzplatz Luxemburg – und damit die Frage nach einem Finanzplatz Liechtenstein – stand ebenfalls zur Diskussion. Sowohl Aussenministerin Flesch als auch Regierungschef Hans Brunhart betonten dazu, dass beides nicht miteinander vergleichbar sei. Erstens gebe es keinen Finanzplatz Liechtenstein, meinte Brunhart, und zweitens gebe es in Luxemburg insgesamt 117 Banken, die international tätig seien, ergänzte Frau Flesch. Kleinstaat ist also nicht einfach Kleinstaat. (G.M.)

## Steigender Müllanfall schafft wachsende Probleme

Prüfung von Subventionsauflagen für die Kehrichtverbrennungsanlage in Buchs (KVA)

Der Abfallberg wächst ständig an. Damit verbunden war denn auch die Vergrösserung der Kehrichtverbrennungsanlage in Buchs (KVA). Mit der damit zusammenhängenden erhöhten Subvention, die unser Land über die elf Gemeinden, die ja direkte Mitglieder dieser Genossenschaft sind, zu tragen hätte, ergaben sich denn auch einige Probleme in der Lösung einer zukünftigen Regelung der Abfallbeseitigung. Von einer einheitlichen Regelung scheint man indes noch weit entfernt zu sein.

Mehr Geld für die KVA

Nachdem in den letzten Jahren der Müllberg ständig im Wachsen begriffen war und noch ist (im Jahre 1982 produzierte jeder Liechtensteiner vom Baby bis zum Greis insgesamt etwa 316 kg Kehricht und Sperrgut) hatte man sich bei der KVA in Buchs entschlossen, zu vergrössern. In diesem Verein zur Abfallverwertung in Buchs sind auch alle elf liechtensteinischen Gemeinden angeschlossen. Nach gültigem Subventionsatz steht den Gemeinden für Belange der Müllverwertung 40 Prozent an Subventionen von Seiten des Landes zu. Nachdem nun ein Gesuch um Gewährung einer Subvention von Buchs (richtigerweise hätte ein solches Gesuch von den Gemeinden eingebracht werden müssen) bei der Regierung eingegangen war, wurden vorerst einmal die Gemeinden um eine Äusserung zu diesem Problem ersucht, bis jetzt allerdings ohne konkrete Rückmeldungen.

Subvention an Auflagen binden

Nach Eingang dieses Gesuches aus Buchs sah sich die Regierung doch veranlasst, eine Subventionszusage vorerst einmal gründlich zu prüfen, um eventuelle Auflagen (z.B. wegen der Luftverschmutzung) damit zu verbinden. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass die jeweils zuständigen Ämter angewiesen wurden, zu prüfen, wie etwa die Auflagen des Kantons St. Gallen gehalten sind, inwieweit es sich als realistisch und tech-

nisch machbar erweist, zusätzliche Reinigungsstufen vorzuschreiben, etc. Gedacht ist dabei in erster Linie, die Subvention an einen Einbau einer Rauchgaswaschanlage zur Herabsetzung der anfallenden Emissionen zu knüpfen. Zu diesem Zwecke gab die Regierung den Auftrag, im Einzugsgebiet der KVA Messungen der Staubniederschlagsmenge durchzuführen und dessen Gehalt an Schadstoffen zu ermitteln. Seit etwa einem Jahr

wurden an neun Messstellen (davon sechs entlang des Rheins) vom Amt für Volkswirtschaft verschiedene Daten gesammelt. Wie uns der Leiter dieser Versuche, Günther Wanger versicherte, liegen die gemessenen Werte für Cadmium und Blei weit unterhalb der Grenzwerte, wie sie etwa in den Bestimmungen zur Reinhaltung der Luft in der BRD herangezogen werden. Trotzdem würde vom Amt für Volkswirtschaft aus gesehen der Einbau

einer Rauchwaschanlage in Buchs als notwendig angesehen werden.

Keine klaren Aussagen

Eine klare Aussage zu den geplanten Auflagen könne allerdings noch nicht gemacht werden, betonte in einem Gespräch der zuständige Ressortchef, Regierungsrat Anton Gerner, da die damit verbundenen Abklärungen und Prüfungen noch nicht abgeschlossen seien. In diesem Sinne können auch noch keine klaren Forderungen für eine Subventionszusage gestellt werden.

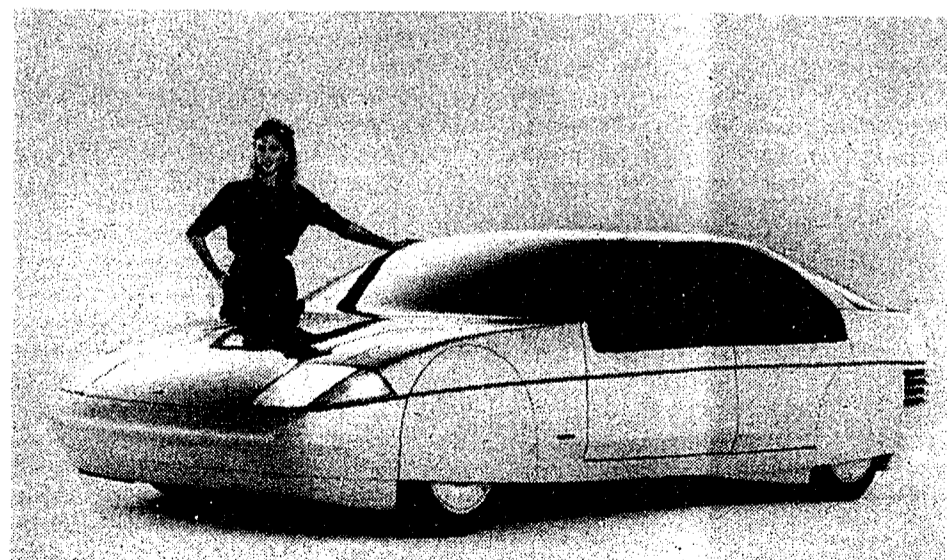
Alternativen suchen

Einen weiteren Weg, das Abfallproblem in den Griff zu bekommen, sieht die Regierung in der Suche nach Alternativprojekten, um zumindest einen Teil der Abfälle im Lande zu behalten. Darunter würden nur bestimmte Kategorien von Müll fallen, wie z.B. Klärschlamm, aber keine Giftstoffe. Eine solche Alternative zur Verbrennung stelle eine geordnete Deponie dar, wie sie beispielsweise schon in mehreren Orten der Schweiz mit Erfolg praktiziert werde, meinte Regierungsrat Gerner. In diesem Sinne wurde auch an die Gemeinde Ruggell ein Ansuchen gerichtet, zu prüfen, inwieweit der Steinbruch «Limseneck», der ja für eine geordnete Deponie alle Voraussetzungen erfüllen würde, dazu verwendet werden könnte. Hier sind die Meinungen allerdings geteilt. Es bedarf hier sicher einer langwierigen und zeitraubenden Abklärung und Prüfung der anstehenden Fragen. Gleichzeitig wurden auch die anderen Gemeinden um Stellungnahmen für geeignete Deponieplätze ersucht. Konkrete Meldungen blieben aber bisher aus.

Der weite Problembereich der Abfallbeseitigung bedarf in nächster Zeit sicher einer vermehrten Berücksichtigung aller daran Beteiligten. Eine Bewusstseinsänderung in unseren Verhaltens- und Konsumgewohnheiten scheint notwendiger denn je, um weniger Müll zu produzieren und «abfallbewusster» zu konsumieren. Aber, irgendwo muss der Müll ja auch beseitigt werden!

## Genfer Autosalon-Neuheiten

VOLKSBLATT-Sonderteil über das Automobil-Modelljahr 1983



Zum zweiten Mal ist das Ausstellungs- und Kongresszentrum «Palexpo» in Genf Schauplatz des Internationalen Automobil-Salons, der morgen Donnerstag bereits zum 53. Mal eröffnet wird und den Personenwagen, Renn- und Sportwagen, Karosserien, Zubehör und Garagen-Einrichtungen sowie der Fachliteratur gewidmet ist. Der Genfer Salon 1983, der alljährlich auch Anziehungspunkt für viele Automobilfreunde aus Liechtenstein ist, dauert bis Sonntag, den 20. März. Im Innern der vorliegenden VOLKSBLATT-Ausgabe (Seiten 7 bis 14) finden Sie einen Querschnitt aus dem Automobil-Modelljahr 1983. Unser Bild zur «Einstimmung» zeigt eine Kreation aus den Ford-Werken. «Probe IV» nennt sich dieses aerodynamische Wunderwerk, dessen C<sub>w</sub>-Wert von nur 0,15 als sensationell bezeichnet werden kann, zumal es sich beim «Probe IV» nicht um irgendein einsitziges Experimentalfahrzeug handelt, sondern um eine ausgewachsene Limousine, die vier Personen Platz bietet.

## Einbruchserie

(p.) – In der Nacht vom Samstag, 5. März 1983, wurde im Zentrum von Vaduz eine Serie von Einbrüchen verübt. Die Täterschaft brach bei vier Geschäften die Ladentüren auf und versuchte, die Ladenkassen auszuplündern, welche jedoch in zwei Fällen dem Angriff der Täter standhielten. In zwei Geschäften konnten die Einbrecher grössere Geldbeträge erbeuten. Der durch diese Einbrüche entstandene Sachschaden beläuft sich auf mehrere hundert Franken.

Bereits einige Stunden später konnte in der selben Nacht dank eines Hinweises des Wachunternehmens «Attention» ein 40-jähriger, vorbestrafter und bevormundeter schweizerischer Staatsbürger in einem Mietzimmer in Vaduz angehalten und wegen mehrerer Logisbetrügereien und wegen Verdachts auf Diebstahl in Haft gesetzt werden. Der Verhaftete war nach Angaben des Logisgebers jeweils erst in den frühen Morgenstunden angeblich von seinem Arbeitsplatz nach Hause gekommen. Derzeit laufen die Abklärungen, ob der Verhaftete mit den Einbrüchen in die Vaduzer Geschäfte in Zusammenhang gebracht werden kann.